infratest dimap

September 2022

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

ARD-Deutschland**TREND**

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

© Infratest dimap, Alt-Moabit 96a, 10559 Berlin

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung 4

Durchweg hoher Zuspruch für Entlastungsvorschläge 5

Nachfolge für bundesweites 9-Euro-Ticket: sechs von zehn würden auch mehr zahlen 7

Weiter Mehrheit für Russland-Sanktionen, aber erodierende Unterstützung 8

Regierungszufriedenheit geht weiter zurück 9

Politikerzufriedenheit: Deutliche Einbußen bei den Koalitionsspitzen 10

Sonntagsfrage: Union und Grüne mit leichten Verlusten, Linke bei 5 Prozent 11

Kompetenzen: Verluste für SPD, höhere Skepsis gegenüber Parteiangebot insgesamt 13

Studieninformation 14

Zusammenfassung

Der Umgang mit steigenden Energiepreisen und Lebenshaltungskosten bestimmt aktuell wie kein zweites Thema die politische Agenda. Die in den letzten Tagen diskutierten Entlastungsvorschläge treffen in der Bevölkerung durchweg auf hohe Zustimmung. Fast jeder Zweite favorisiert staatliche Maßnahmen, die auch Haushalte mit mittleren Einkommen entlasten. Direktzahlungen an einen weiteren Bevölkerungskreis finden bei acht von zehn Zuspruch. Drei Viertel unterstützen die Einführung einer Energiepreisbremse und eines Nachfolgers für das 9-Euro-Ticket. Eine Erhöhung des Wohngeldes und eine Ausweitung bezugsberechtigter Personen befürworten sieben von zehn, gut sechs von zehn eine erhöhte und ausgeweitete Pendlerpauschale. Für diese Maßnahmen finden sich Mehrheiten in aller Anhängerschaften mit Ausnahme einer modifizierten Pendlerpauschale, die in den Reihen der Grünen umstritten ist.

Mit den sich verschlechternden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbinden sich erkennbare Risiken für die Akzeptanz des bestehenden außenpolitischen Kurses gegenüber Russland. Etwas mehr als die Hälfe der Bundesbürger unterstützt auch aktuell die Beibehaltung von Sanktionsmaßnahmen, selbst bei steigenden Preisen, Engpässen in der Energieversorgung und Nachteilen für die hiesige Wirtschaft. Allerdings waren es unmittelbar nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine noch zwei Drittel. Vier von zehn stellen sich mittlerweile gegen eine Sanktionspolitik, wenn mit ihr sichtbare negative Konsequenzen für Deutschland verbunden sind. Eine Haltung, die in Ostdeutschland sogar überwiegt.

Der Ampel-Koalition fällt es trotz bisheriger Initiativen schwer, im aktuellen Krisenumfeld um Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern zu werben. Die Zufriedenheit mit ihrer Arbeit geht weiter zurück und erreicht einen neuen Tiefpunkt. Auch das Ansehen der Spitzen aller drei Ampel-Parteien ist rückläufig. Bundeskanzler Olaf Scholz fällt auf einen neuen Tiefstand im Amt, ebenso FDP-Finanzminister Christian Lindner. Vize-Kanzler Robert Habeck von den Grünen verliert ebenfalls deutlich an Rückhalt und muss sich mit dem zweitniedrigsten Wert seit Übernahme des Wirtschaftsressorts begnügen. Außenministerin Baerbock bleibt trotz Einbußen populärste Bundespolitikerin, sieht sich aber mit fast ebenso viel Zuspruch wie Ablehnung konfrontiert.

Die aktuelle bundespolitische Stimmung unterscheidet sich weiter deutlich vom Ausgang der Bundestagswahl vor knapp einem Jahr. Die CDU/CSU könnte aktuell mit einem Stimmenanteil von 27 Prozent rechnen. Sie bleibt damit etwas unter ihrem Wert vom August (-1), aber weiterhin stärkste politische Kraft. An zweiter Stelle liegen nach wie vor die Grünen, die 22 Prozent in Aussicht hätten. Auch sie liegen geringfügig schlechter als im Vormonat (-1). Die SPD hätte unverändert 17 Prozent in Aussicht. Die AfD würde wie zuletzt 13 Prozent erzielen. Die FDP verbessert sich leicht auf 8 Prozent (+1), die Linke auf 5 Prozent (+1). Alle übrigen Parteien kämen zusammen auf 8 Prozent.

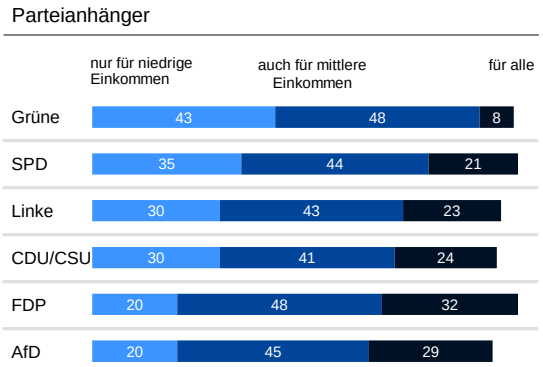
Die SPD bekommt aktuell neben der Popularitätsschwäche des Kanzlers einen deutlichen sachpolitischen Vertrauensverlust zu spüren. Im Vergleich zur Bundestagswahl werden ihr durchweg weniger Kompetenzen zugewiesen, insbesondere in außenpolitischen Fragen, beim Einsatz für soziale Gerechtigkeit sowie in der Steuerpolitik. Anders die Grünen. Sie haben den Eintritt in die Ampel-Koalition erfolgreich genutzt, um sich sachpolitisch zu profilieren. Bei gleichbleibenden Kompetenzen in der Klima- und Umweltpolitik haben sie vor allem auf dem Feld der Außenpolitik massiv an Vertrauen gewonnen. Zugleich wissen sie in der sich mit dem Ukraine-Krieg neu stellenden Frage einer sicheren Energieversorgung zu punkten. Die FDP verbucht dagegen eher erodierende Kompetenzwerte, ausgenommen die Steuerpolitik. Die Union als momentan stärkste Partei profitiert unverändert vor allem von Kompetenzen auf wirtschaftlichem Feld. Zugleich ist es ihr jedoch bislang nicht gelungen, sich sachpolitisch breiter aufzustellen. Während sich das Sachvertrauen gegenüber AfD und Linken seit der Bundestagswahl nicht wesentlich verändert hat, ist die Zahl derer gestiegen, die keiner Partei auf den verschiedenen Feldern die Lösung anstehender Aufgaben zutrauen. Die Skepsis ist aktuell am größten hinsichtlich der Eindämmung der Inflation, wo jeder Dritte keiner der Parteien Lösungskompetenzen zuschreibt. SPD und Union sichern sich das größte Vertrauen, überzeugen jedoch ebenfalls nur jeweils jeden Sechsten.

Durchweg hoher Zuspruch für Entlastungsvorschläge

Der Umgang mit steigenden Energiepreisen und Lebenshaltungskosten bestimmt aktuell wie kein zweites Thema die politische Agenda. Die in den letzten Tagen diskutierten Entlastungsvorschläge treffen in der Bevölkerung durchweg auf eine hohe Zustimmung. Angesichts bisheriger und weiter erwarteter Preisdynamiken favorisiert fast jeder Zweite (45 Prozent) Maßnahmen, die auch Haushalte mit mittleren Einkommen entlasten. Drei von zehn (29 Prozent) wollen staatliche Entlastungen stattdessen auf Haushalte mit niedrigem Einkommen beschränken. Jeder Fünfte (22 Prozent) möchte sie für alle Haushalte öffnen.

ARD-DeutschlandTREND September 2022

Empfänger finanzieller Entlastungen des Staates



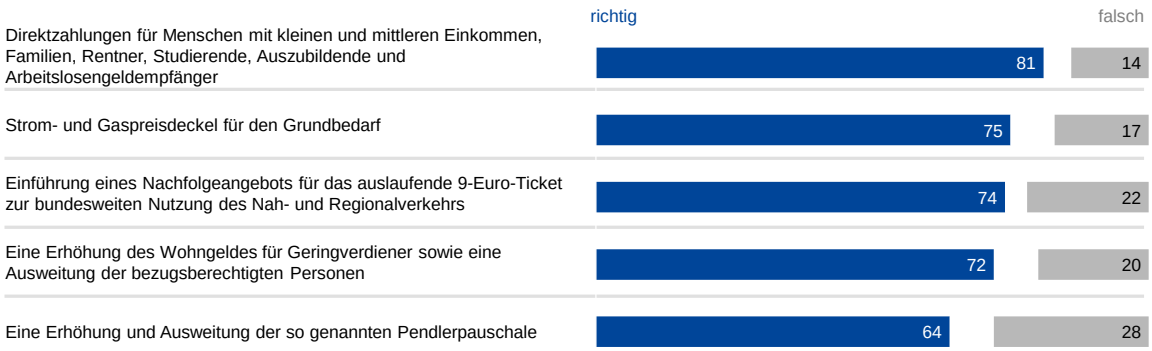
Angesichts steigender Lebenshaltungskosten und Energiepreise wird diskutiert, ob der Staat die Bürgerinnen und Bürger über die bereits beschlossenen Maßnahmen hinaus finanziell entlasten soll. Sollten derartige Entlastungen nur Haushalten mit niedrigem Einkommen zugutekommen, auch Haushalten mit mittlerem Einkommen? Oder aber allen Haushalten?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

Hohen Zuspruch finden mit 81 Prozent staatliche Direktzahlungen an einen weiten Bevölkerungskreis, der neben Rentnern, Arbeitslosen und Menschen mit kleineren Einkommen auch mittlere Einkommensgruppen umfasst. Drei Viertel der Deutschen (75 Prozent) unterstützen die Einführung einer Energiepreisbremse, bei der die Strom- und Gaspreise für den Grundbedarf eines Haushalts gedeckelt sind, wie auch die Einführung eines Nachfolgers für das 9-Euro-Ticket (74 Prozent). Eine Erhöhung des Wohngeldes und eine Ausweitung bezugsberechtigter Personen befürworten sieben von zehn Wahlberechtigten (72 Prozent), knapp zwei Drittel (64 Prozent) eine erhöhte und ausgeweitete Pendlerpauschale. Für die Umsetzung dieser Maßnahmen plädieren Mehrheiten in den Anhängerschaften aller Parteien. Eine Ausnahme bilden Entlastungen über eine modifizierte Pendlerpauschale, die zumindest in den Reihen der Grünen umstritten ist.

ARD-DeutschlandTREND September 2022

Akzeptanz von Entlastungsmaßnahmen



Eine Entlastungsidee, über die aktuell diskutiert wird, sieht vor, dass der Staat in den Energiemarkt eingreift und die Preise für den Grundbedarf von Strom und Gas in Deutschland deckelt. Höhere Preise müssten erst dann gezahlt werden, wenn der Verbrauch im Haushalt über diesen Grundbedarf hinausgeht. Wäre die Maßnahme aus Ihrer Sicht eher richtig oder eher falsch? // Darüber hinaus werden weitere Maßnahmen zur Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger diskutiert. Geben Sie bitte im Folgenden auch hier jeweils an, ob diese Maßnahmen aus Ihrer Sicht eher richtig oder eher falsch sind?

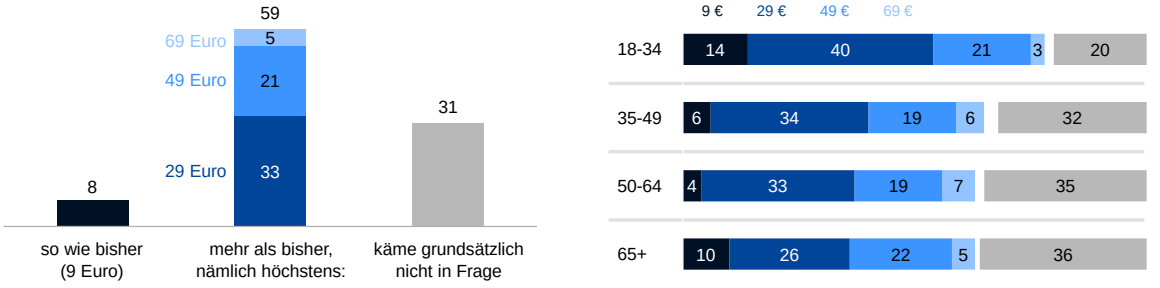
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

Nachfolge für bundesweites 9-Euro-Ticket: sechs von zehn würden auch mehr zahlen

Ein Nachfolgeangebot für das 9-Euro-Ticket wäre für sechs von zehn Wahlberechtigten (59 Prozent) auch bei einem höheren Preis attraktiv. Nur für 8 Prozent markieren die bisherigen 9 Euro bereits die Höchstgrenze für den Erwerb eines solchen Tickets. Jeder Dritte (33 Prozent) könnte sich einen Kauf des Tickets bei einem Preis von bis zu 29 Euro pro Monat, jeder Fünfte (21 Prozent) sogar bis zu 49 Euro vorstellen. 5 Prozent würden nach eigenen Angaben bis zu 69 Euro ausgeben. Lediglich ein Drittel der Wahlberechtigten (31 Prozent) gibt an, dass ein solches Ticket für Sie grundsätzlich nicht in Frage kommt, darunter überdurchschnittlich viele ältere Bundesbürger. Dagegen ist ein Nachfolgeticket zur bundesweiten Nutzung des Nah- und Regionalverkehrs insbesondere für Jüngere attraktiv. Sie sind jedoch zugleich besonders preissensibel.

ARD-DeutschlandTREND September 2022

Nachfolge 9-Euro-Ticket: Nutzung und Höchstpreis

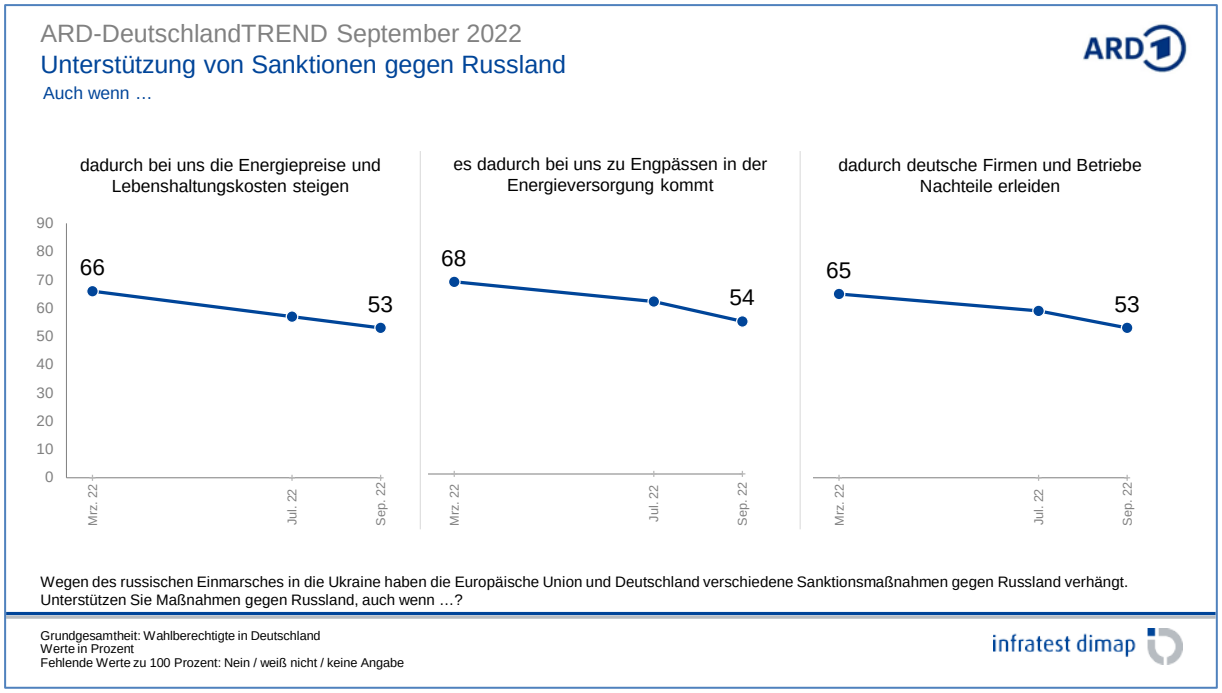


Von Juni bis August konnte man bundesweit für monatlich 9 Euro mit dem Nah- und Regionalverkehr fahren. Aktuell wird über eine mögliche Nachfolge des 9-Euro-Tickets diskutiert. Wie viel dürfte ein solches Nachfolgeticket höchstens im Monat kosten, damit Sie es selbst nutzen würden: höchstens 9 Euro, höchstens 29 Euro, höchstens 49 Euro, höchstens 69 Euro? Oder käme es grundsätzlich für Sie nicht in Frage?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

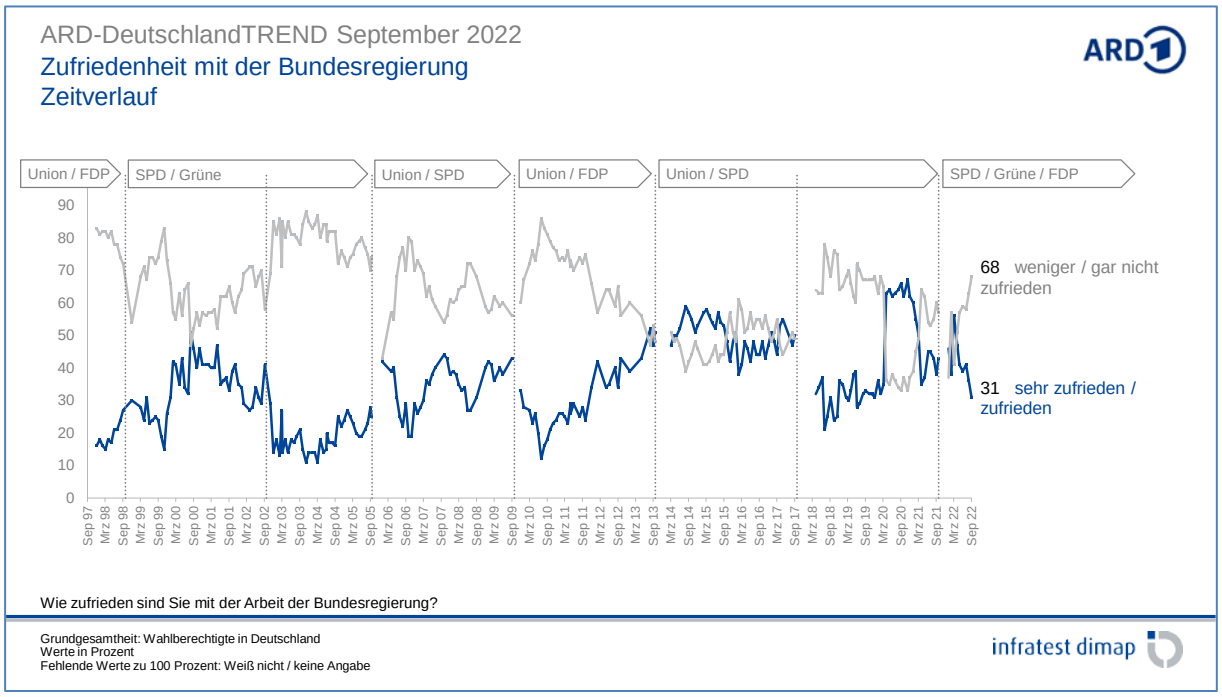
Weiter Mehrheit für Russland-Sanktionen, aber erodierende Unterstützung

Die sich verschlechternden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stellen für die Energie-, Sozial- sowie die Haushalts- und Finanzpolitik in Deutschland massive Herausforderungen dar. Mit ihnen verbinden sich zugleich Risiken für die Akzeptanz des bestehenden außenpolitischen Kurses gegenüber Russland. Etwas mehr als die Hälfte der Bundesbürger unterstützt aktuell zwar die Beibehaltung von bestehenden Sanktionsmaßnahmen, selbst bei steigenden Preisen, Engpässen in der Energieversorgung oder Nachteilen für die hiesige Wirtschaft. Allerdings waren es unmittelbar nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine Anfang März noch zwei Drittel. Vier von zehn Bundesdeutschen stellen sich mittlerweile gegen eine Sanktionspolitik, wenn mit ihr sichtbar negative Konsequenzen und Belastungen für Deutschland verbunden sind. Eine Haltung, die in Ostdeutschland sogar überwiegt.



Regierungszufriedenheit auf neuem Tiefstand

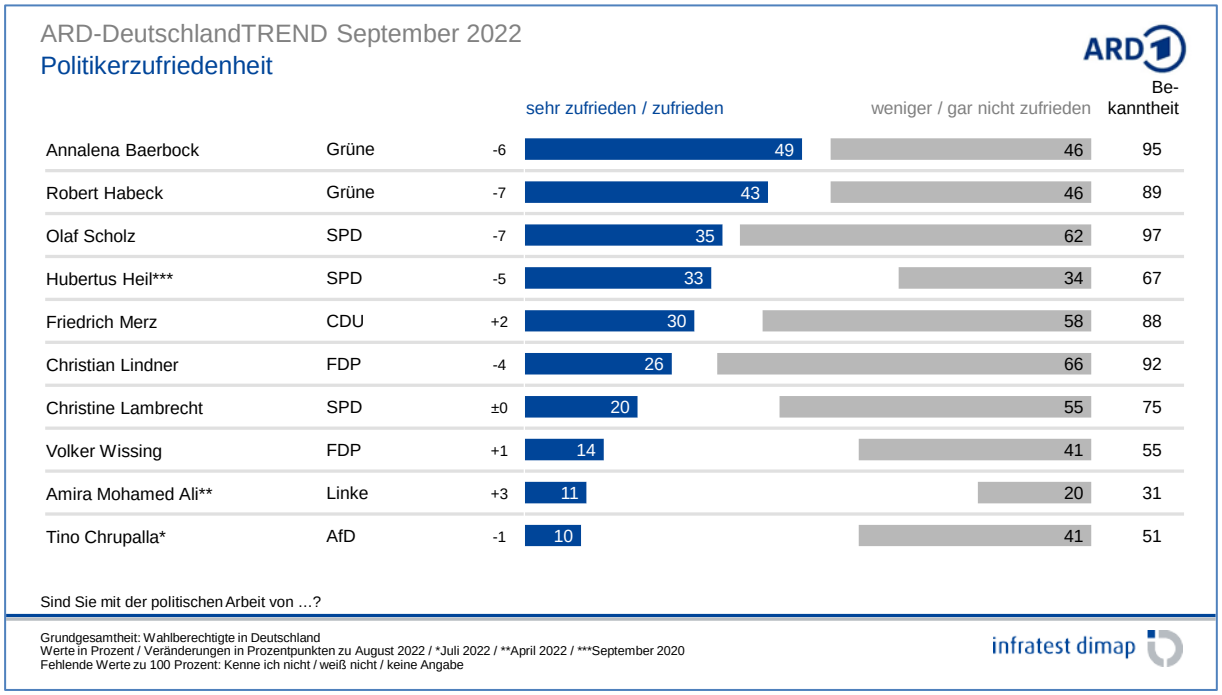
Der Ampel-Koalition fällt es trotz bisheriger Initiativen schwer, im Krisenumfeld erfolgreich um Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern zu weben. Die Zufriedenheit mit der Arbeit der Ampel-Koalition geht weiter zurück und erreicht mit 31 Prozent einen neuen Tiefpunkt. Etwa sieben von zehn (68 Prozent) äußern gegenwärtig Kritik an der Berliner Regierungsarbeit. Das Ansehen der Vorgängerkoalition aus CDU/CSU und SPD stand in den ersten Monaten nach der erneuten Regierungsbildung allerdings ähnlich unter Druck. Im September 2018 erntete das damalige Regierungsbündnis ebenfalls nur einen Zuspruch von 31 Prozent.



Aktuelle Kritik findet sich nicht nur mehrheitlich in den Reihen der Oppositionsparteien. Auch 63 Prozent der FDP-Anhänger äußern ihren Unmut über den Berliner Regierungskurs. Die Anhänger von SPD und Grünen dagegen bewerten die Regierungsarbeit der Ampel-Koalition weiterhin jeweils mehrheitlich positiv. Deutliche Kritik an der Regierungsarbeit findet sich insbesondere in den berufsaktiven mittleren Altersgruppen. Aber auch bei den jüngeren und älteren Wählern äußert sich jeweils eine Mehrheit unzufrieden.

Politikerzufriedenheit: Deutliche Einbußen bei den Koalitionsspitzen

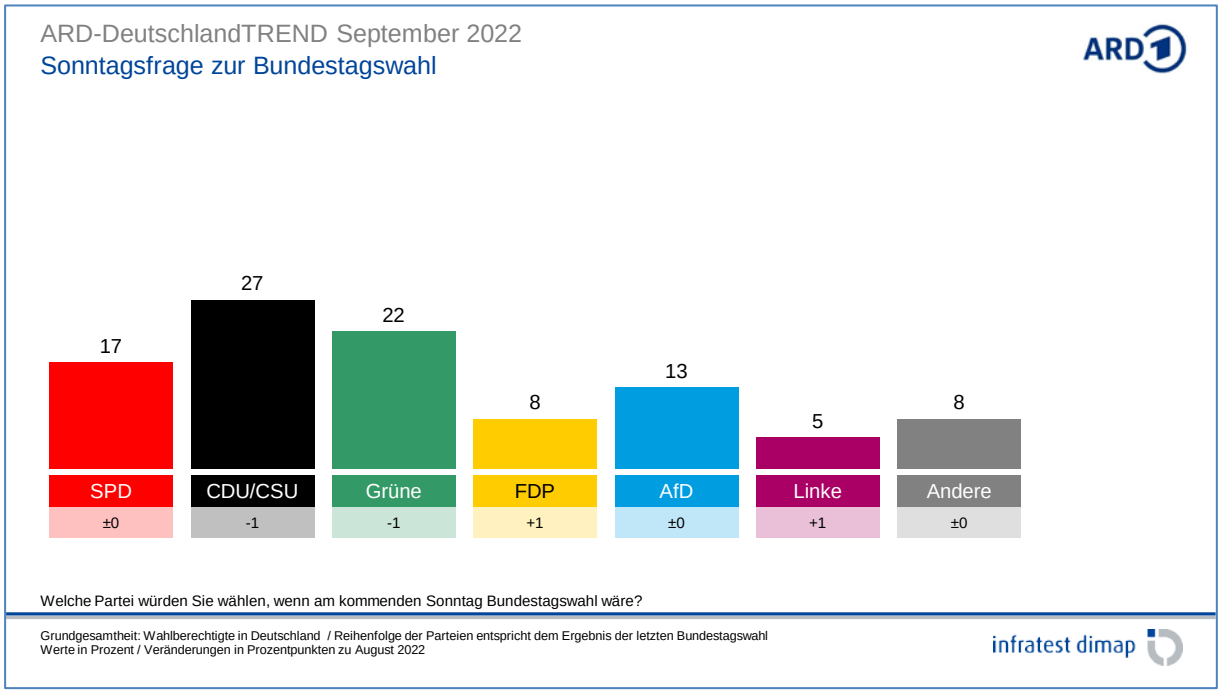
Mit der Kritik an der Regierungsarbeit geht ein sinkendes Ansehen der Koalitionsspitzen einher. Mit einem Zuspruch von 35 Prozent (-7) verbucht Bundeskanzler Olaf Scholz einen neuen persönlichen Tiefstand im Amt. Auch FDP-Finanzminister Christian Lindner fällt mit 26 Prozent Zustimmung (-4) auf den niedrigsten Wert seit seinem Eintritt in die Bundesregierung. Vize-Kanzler Robert Habeck von den Grünen verliert binnen Monatsfrist ebenfalls deutlich an Rückhalt. Nach 50 Prozent im Vormonat attestieren ihm aktuell 43 Prozent (-7) der Wahlberechtigten eine gute Arbeit, sein zweitniedrigster Wert seit Übernahme des Wirtschaftsressorts. Schließlich muss auch Annalena Baerbock Federn lassen. Die Grünen-Außenministerin führt mit 49 Prozent (-6) zwar weiterhin die Liste der populärsten Bundespolitiker im ARD-DeutschlandTREND an. Allerdings hatte sie nur in ihren ersten beiden Amtsmonaten niedrigere Zustimmungswerte erzielt und erfährt momentan nur etwa ebenso viel Zuspruch wie Ablehnung.

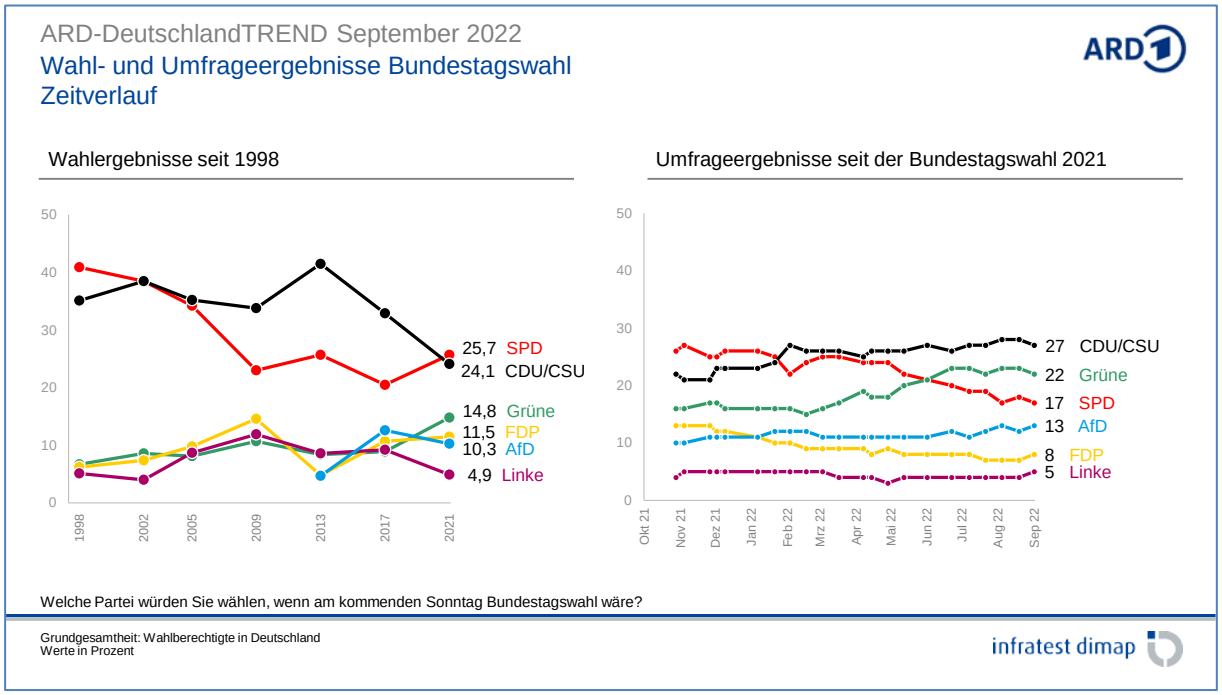


Im oberen Mittelfeld bewegen sich im aktuellen Bevölkerungsurteil Arbeitsminister Hubertus Heil (33 Prozent) und Unions-Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz (30 Prozent; +2), die jeweils durch drei von zehn positiv bewertet werden. Auf sie folgt neben dem FDP-Finanzminister Lindner die SPD-Verteidigungsministerin Christine Lambrecht mit einem Zuspruch von 20 Prozent (+/-0). Deutlich abgeschlagen sind in der Bewertung der Wahlberechtigten FDP-Verkehrsminister Volker Wissing (14 Prozent; +1) sowie die Fraktionsvorsitzenden von Linken und AfD, Amira Mohamed Ali (11 Prozent; +3) und Tino Chrupalla (10 Prozent; -1).

Sonntagsfrage: Union und Grüne mit leichten Verlusten, Linke bei 5 Prozent

Die aktuelle bundespolitische Stimmung unterscheidet sich weiterhin deutlich vom Ausgang der Bundestagswahl vor knapp einem Jahr. Die CDU/CSU könnte bei einem aktuellen Wahlgang mit einem Stimmenanteil von 27 Prozent rechnen. Sie bleibt damit in der Sonntagsfrage etwas unter ihrem Wert vom August (-1), aber weiterhin stärkste politische Kraft. An zweiter Stelle liegen nach wie vor die Grünen. Sie hätten 22 Prozent in Aussicht, auch sie liegen geringfügig schlechter als im Vormonat (-1). Die SPD hätte unverändert 17 Prozent in Aussicht, die AfD würde unverändert 13 Prozent erzielen. Die FDP verbessert sich leicht auf 8 Prozent (+1), die Linke auf 5 Prozent (+1). Alle übrigen Parteien kämen zusammen auf 8 Prozent.





Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Kompetenzen: Verluste für SPD, höhere Skepsis gegenüber Parteiangebot insgesamt

Die SPD bekommt in der aktuellen Stimmung neben der Popularitätsschwäche des Kanzlers einen deutlichen sachpolitischen Vertrauensverlust zu spüren. Im Vergleich zur Bundestagswahl werden ihr durchweg weniger Kompetenzen zugewiesen, insbesondere in außenpolitischen Fragen (14 Prozent; -17), beim Einsatz für soziale Gerechtigkeit (28 Prozent; -12) sowie in der Steuerpolitik (19 Prozent; -12). Anders die Grünen. Sie haben den Eintritt in die Ampel-Koalition erfolgreich genutzt, um sich sachpolitisch zu profilieren. Während sie in der Klima- und Umweltpolitik unverändert etwa jeden zweiten Wahlberechtigten (47 Prozent; -1) überzeugen, haben sie vor allem auf dem Feld der Außenpolitik massiv an Vertrauen gewonnen: Nach 5 Prozent im vergangenen Herbst setzt aktuell jeder Vierte (25 Prozent; +20) auf die Partei der Außenministerin, dies sind mehr als bei Union oder SPD. Ebenfalls jeden vierten Wahlberechtigten (24 Prozent) überzeugen die Grünen in der mit dem Ukraine-Krieg neu zu beantwortenden Frage einer sicheren Energieversorgung und liegen damit gleichauf mit der Union. Der Koalitionspartner FDP verbucht dagegen erodierende Kompetenzwerte. Ausgenommen ist die Steuerpolitik (15 Prozent; +1). Hier wie auch in Wirtschaftsfragen (13 Prozent; -3) sichern sich die Liberalen auch nach mehreren Monaten Ampel-Koalition allerdings weiterhin hohe Kompetenzzuweisungen.

ARD-DeutschlandTREND September 2022
Parteikompetenzen

ARD

	SPD	CDU/CSU	Grüne	FDP	AfD	Linke	Keiner / w.n.
soziale Gerechtigkeit	28 / 40	13 / 15	12 / 7	3 / 6	6 / 7	10 / 11	23 / 10
Gesundheitspolitik	26 / 33	21 / 24	10 / 9	4 / 6	5 / 5	5 / 5	25 / 15
Steuerpolitik	19 / 31	20 / 21	5 / 7	15 / 14	5 / 6	5 / 6	28 / 12
Maßnahmen gegen steigende Preise	17	17	7	9	7	6	33
Wirtschaft	14 / 25	31 / 32	7 / 6	13 / 16	6 / 5	2 / 2	24 / 10
Außenpolitik	14 / 31	23 / 32	25 / 5	6 / 8	6 / 5	3 / 2	20 / 13
Energieversorgung sichern	10	24	24	6	6	2	24
Klima- und Umweltpolitik	5 / 13	10 / 12	47 / 48	4 / 6	3 / 5	2 / 2	24 / 10

Nun zu einigen politischen Aufgaben. Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, diese Aufgaben zu lösen?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent / obere Werte: September 2022, untere Werte: „Deutschland vor der Wahl" September 2021
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Anderer Partei / keine Angabe

infratest dimap

Die oppositionelle Union profitiert in der aktuellen bundespolitischen Stimmung vor allem von Kompetenzen auf wirtschaftlichem Feld. Kaum verändert zur Bundestagswahl wird der CDU/CSU in wirtschaftspolitischen Fragen mit Abstand am meisten zugetraut (31 Prozent; -1). Zugleich ist es ihr jedoch aus Bevölkerungssicht bislang nicht gelungen, sich sachpolitisch wieder breiter aufzustellen. So setzt in der Klima- und Umweltpolitik nur jeder Zehnte (10 Prozent; -2) auf die Union, beim Einsatz für soziale Gerechtigkeit lediglich jeder Achte (13 Prozent; -2).

Während sich das Sachvertrauen gegenüber AfD und Linken seit der Bundestagswahl nicht wesentlich verändert hat, ist die Zahl der Wahlberechtigten gestiegen, die keiner Partei auf den verschiedenen Feldern die Lösung jeweils anstehender Aufgaben zutrauen. Die Skepsis ist derzeit am größten hinsichtlich der Eindämmung der Inflation, wo jeder Dritte (33 Prozent) am Angebot aller Parteien zweifelt. SPD und Union sichern sich das größte Vertrauen, überzeugen jedoch ebenfalls nur jeweils jeden sechsten Wahlberechtigten (je 17 Prozent).

ARD–DeutschlandTREND September 2022

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Autorin WDR	Ellen Ehni	0221 220-1800
Redakteur WDR	Florian Riesewieck	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon- (davon 60 Prozent Festnetz, 40 Prozent Mobilfunk) und Online-Befragung	
Fallzahl	1.324 Befragte (866 Telefoninterviews und 458 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinnerung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	29. bis 31. August 2022	
Schwankungsbreite	2 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 10 Prozent 3 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Dr. Nico A. Siegel	030 533 22-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0